

---

Andreas Graudin

## Der FDGB und der 17. Juni 1953 Gewerkschaften im Sozialismus?

---



*Dr. Andreas Graudin, geb. 1965 in Frankfurt/Main, Studium der Rechte, Politikwissenschaften und Verwaltungswissenschaften in Marburg, Heidelberg und Speyer. Seit 2002 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin. Eine Dokumentation in Buchform über die Rolle des FDGB im Jahr 1953 wird 2003 in Buchform erscheinen.*

---

In der deutschen und der russischen Sozialdemokratie ging man vor 1914 mehrheitlich von einer Dualität von Gewerkschaft und Partei aus. Allein Lenin formulierte bereits 1902 einen unbedingten Führungsanspruch der Partei gegenüber den Gewerkschaften, aus dem nach der Oktoberrevolution eine verbindliche Doktrin wurde: „Die Gewerkschaften müssen die engsten und ständigen Mitarbeiter der Staatsmacht sein, die in ihrer gesamten politischen und wirtschaftlichen Arbeit von der bewussten Vorhut der Arbeiterklasse - der Kommunistischen Partei - geleitet wird.“<sup>1</sup>

Gewerkschaften können so, wie es später Stalin formulierte, nur der nachrangige Transmissionsriemen, der verlängerte Arm, eine Vorfeldorganisation, eine Schulungsstätte und ein Kaderreservoir der KP sein, nicht aber Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber „ihrem“ Staat und „ihrer“ Partei. Diese kommunistische Gewerkschaftsdoktrin konnte nach 1945 im FDGB der SBZ nicht sofort durchgesetzt werden. Noch bedurfte es der Zugeständnisse an die freigewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Traditionen, die Gewerkschaften als Schutzorganisation und Interessenverband der Werktätigen gegenüber jeder Art von Betriebsleitung - ob volkseigen, treuhänderisch oder privatwirtschaftlich - ansahen.

Hinzu kam, dass der Alliierte Kontrollrat das Betriebsrätegesetz in allen Zonen wieder in Kraft gesetzt hatte, und es in den Betrieben der SBZ eine Dualität von Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) und Betriebsräten gab.

Entscheidend für die Durchsetzung der ideologischen Ausrichtung des FDGB an der SED war der 3. Bundeskongress 1950. In Paragraph 5 der neuen Satzung wurde die SED als „bewusster Vortrupp der Arbeiterklasse“ bezeichnet. Der FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke feierte diesen Kongress als Meilenstein auf dem Weg zum Sozialismus: „Es war der erste deutsche Gewerkschaftskongress, der den Marxismus-Leninismus als richtungweisend für

---

1 W. I. Lenin, Zur Frage der Gewerkschaften, Werke, Bd. 33, Berlin (Ost) 1962, S. 175.

die Gewerkschaftsarbeit anerkannte und die Schulung der Gewerkschaftsmitglieder im Geiste der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin forderte. Gleichzeitig wurde von den Gewerkschaften klar und eindeutig die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, anerkannt.“<sup>2</sup>

### **Die Gewerkschaft als Obrigkeit**

Auf der untersten Stufe der FDGB-Organisation hatte die Bundesleitung und ihr Apparat größere Schwierigkeiten, als sie nach der Abschaffung der Betriebsräte 1948 erwartet hatte. Bei den Wahlen der BGL, die zur besseren Durchsetzung zentralistischer Planvorgaben als unterste Ebene des zentralisierten Gewerkschaftsapparats die Stelle der Betriebsräte einnahmen, erhielten 1950 SED-Genossen des FDGB nur etwa 41 Prozent der Gesamtstimmen gegenüber 55 Prozent für die Parteilosen.<sup>3</sup> Als für lange Zeit letzter Versuch in der DDR, systemimmanenten Protest auch im Wege von Wahlen zu artikulieren, können die Gewerkschaftswahlen von 1952/53 gelten. Diese wurden planmäßig vorbereitet. Auf Weisung der SED sollten auch „parteilose Gewerkschaftsmitglieder“ in die BGL gewählt werden.<sup>4</sup> Der FDGB sah sich mit dem Auftreten von Betriebsparteiorganisationen bürgerlicher Blockparteien konfrontiert.<sup>5</sup> In Fällen, in denen diese erfolgreich waren, wie in Potsdam, Rostock, Schwerin, Frankfurt/Oder und Dresden, wurden die Wahlen ebenso wiederholt, wie in den Fällen offener Abstimmung, sofern SED-Genossen durchfielen.<sup>6</sup> Es war ein Rückgang des Anteils von SED-Mitgliedern in den Vorständen von 23 auf 19,6 Prozent zu verzeichnen und insoweit der SED-Direktive genüge getan.<sup>7</sup> Obwohl, wie geplant, der Anteil der SED-Mitglieder an den gewählten Funktionären sank, konnte die Partei die Zahl ihrer FDGB-Basisfunktionäre durch die Neugründung von Gewerkschaftsgruppen um ca. 17 000 auf 78 854 absolut erhöhen.<sup>8</sup>

Da geheime Wahlen über Stimmzählkommissionen weitaus leichter zu manipulieren sind und offene Abstimmungen und Delegiertenwahlen bei unerschrockenen Belegschaften noch ein Minimum an Transparenz boten, wurden offene Abstimmungen und die Zwischenschaltung von Betriebsdelegiertenkonferenzen nach dem 17. Juni 1953 gänzlich abgeschafft. Wenige Tage vor dem 17. Juni fiel so die Bilanz der Gewerkschaftswahlen durch die Instrukteure des FDGB-Bundesvorstandes kritisch aus: „Es gelang während der Wahlen nicht, die Gewerkschaftsmitglieder davon zu überzeugen und in ihnen das Bewusstsein zu festigen, dass sich mit dem Aufbau des neuen Lebens der Klassenkampf ständig verstärkt und die Methoden des Klassengegners immer rücksichtsloser und brutaler werden. Im allgemeinen wurden die Argumente des Klassengegners ungenügend analysiert, von den Leitungen nicht rechtzeitig erkannt und nicht immer offensiv bekämpft.“<sup>9</sup>

---

2 Herbert Warnke, Arbeiterklasse und Gewerkschaften, Berlin (Ost) 1953, S. 414.

3 Horst Duhnke, Stalinismus in Deutschland, Köln 1955, S. 284. Dieses Ergebnis stellte für die SED eine Verschlechterung ihrer Repräsentanz gegenüber den noch im Oktober 1948 abgehaltenen Wahlen der Betriebsräte dar.

4 Vgl. die Gesamtübersicht des Sektors Information beim Bundesvorstand des FDGB vom 8. Juni 1953, SAPMO-BArch DY 34 22668, S. 3:

5 Vgl. SAPMO-BArch DY 34 22668, S. 23.

6 Vgl. SAPMO-BArch DY 34 22668, S. 23.

7 Vgl. SAPMO-BArch DY 34 22668, S. 10.

8 Vgl. SAPMO-BArch DY 34 22668, S. 5

9 SAPMO-BArch DY 34 22668, S. 38.

In wohlgesetzten und eher vorsichtigen Formulierungen beschrieb hier der Sektor Information beim FDGB-Bundesvorstand die Tatsache, dass der FDGB die Arbeiterklasse nicht mehr erreichte. Die Ursache der Schlappe am Vorabend des 17. Juni 1953 wurde jedoch geflissentlich übersehen. Dass die Belegschaften dem Transmissionsriemen der SED aus Protest und ohnmächtiger Wut gegen die Politik der selbst ernannten Partei der Arbeiterklasse das Vertrauen entzogen haben könnten, lag jenseits der Erklärungsmuster des Partei- und Gewerkschaftsapparats.

### **Unmut und Verweigerung**

Ideologischer Kontrollmechanismus des FDGB war, wie bei der SED und allen Massenorganisationen, das Berichtswesen<sup>10</sup> aller Leitungsebenen an die jeweils höhere Hierarchiestufe oder - bei sog. Instrukteurberichten - unmittelbar an die höchste Hierarchiestufe. Alle Berichte aus den FDGB-Untergliederungen und den unselbständigen Abteilungsgewerkschaften wurden von den Sektoren Information und Organisation beim Bundesvorstand des FDGB zu einem zentralen Kontrollbericht für den Bundesvorstand des FDGB unter Hervorhebung einzelner lokaler Besonderheiten zusammengefasst. Das hieraus gewonnene gesamtgesellschaftliche und ökonomische Lagebild der DDR war schon wegen der absoluten Größe des FDGB,<sup>11</sup> der bereits damals fast die Arbeiterschaft im engeren Sinne erfasste, der wichtigste Indikator für die Stimmung in der DDR-Bevölkerung.

Wichtige Gradmesser für die Stimmung in der Arbeiterschaft der DDR unmittelbar vor dem 17. Juni 1953 waren die Reaktionen auf die vom FDGB in den Betrieben durchgeführten Kampagnen. Propagandistisch begleitend zu der Deutschlandnotendiplomatie der UdSSR, den Trauerfeierlichkeiten für Stalin, dem Aufbau nationaler Streitkräfte führten die Betriebsgewerkschaftsleitungen Betriebs- und Kollektivversammlungen durch. Auf besondere Erbitterung stieß die Kampagne für „freiwillige“ Normerhöhungen, die nur durch massiven Druck und Manipulation der Betriebsgewerkschaftsleitungen auf die Belegschaften möglich war, deren formale Zustimmung unabdingbar war. Die Instrukteurberichte über diese Versammlungen sind authentische Zeugnisse für die Stimmung in den Belegschaften, da die externen Instrukteure kein Interesse hatten, die Lage zu beschönigen. Hinzu kommt, dass die Arbeiterschaft keineswegs „stumm“ war, wie zunehmend nach dem 17. Juni 1953 und vor allem in den Jahrzehnten nach dem Mauerbau 1961, wo allenfalls das Eingabewesen und der politische Witz noch Ventile boten. Einschüchterung, Erpressung und punktueller Terror waren Mittel, die nur begrenzt wirksam waren, solange eine gesellschaftliche Alternative für die DDR-Bevölkerung erreichbar war. Auf Repression war immer noch die Flucht über die Berliner Sektorengrenze eine mögliche letzte Antwort, was Selbstbewusstsein verlieh und ein unorganisiertes Gegendruckmittel war. Welche Bedeutung dieses Mittel hatte, zeigt der Beschluss zum „Neuen Kurs“ der sowjetischen Führung, der erwähnt, dass seit 1951 450 000 DDR-Bürger das Land verließen.

Ein weiterer Indikator für die explosive Stimmung in der Arbeiterschaft war das Fiasko um den Abschluss der BKV (Betriebskollektivverträge), die ab 1951 an die Stelle der noch frei ausgehandelten Tarifverträge treten sollten. Die BKV beinhalteten Jahresverpflichtungen

---

10 Vgl. Helke Stadtland, Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit, Essen 2001, S. 42ff. und S. 220ff.

11 Der FDGB zählte 1955 nach Angaben Herbert Warnkes in der Tribüne vom 17.6.1955 bereits 5,4 Mio. Mitglieder und blieb bis 1989/90 mit zuletzt 9,4 Mio. Mitgliedern die zahlenmäßig weitaus stärkste Massenorganisation der DDR.

der Belegschaften zu erheblichen Sollerfüllungen und Sanktionsregelungen für den Fall der Planunterschreitung. BKV konnten jedoch nur mit formeller Zustimmung der Betriebsdelegiertenkonferenz in Kraft treten. Gegen die Dauerkampagne des FDGB für den Abschluss der BKV machte sich vielfach Widerstand bemerkbar. In Bitterfeld lehnten Betriebsdelegiertenkonferenzen der SAG Leuna den Entwurf eines BKV der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Werksleitung dreimal ab. Mitte April 1953 waren DDR-weit erst 4,7 Prozent der abzuschließenden BKV in Kraft.<sup>12</sup>

Die vielen parallelen und erfolglosen Kampagnen in den Wochen und Monaten vor dem 17. Juni 1953 zeigen breiten Überdruß, was der FDGB nach Ausbruch des Aufstands zu spüren bekommen sollte.

### Die Eruption

Die Gründe für die pauschale Normerhöhung auf Empfehlung des ZK der SED am 13. und 14. Mai 1953 durch Beschluss des Ministerrates vom 2. Juni 1953 sind hinlänglich bekannt und an anderer Stelle ausführlich beschrieben.<sup>13</sup> Die Wut der Arbeiter steigerte sich bei dieser pauschalen Normerhöhung überall dort ganz besonders, wo zuvor die Arbeitsnormen freiwillig erhöht worden waren. Die Freiwilligkeit wurde bei einer Maurerbrigade auf der Baustelle Stalinallee durch die falsche Behauptung hergestellt, dass ihre Kollegen der Normerhöhung längst zugestimmt hätten. Diese Freiwilligkeit wurde durch glatte Desinformation und nicht durch Überzeugungsarbeit hergestellt.<sup>14</sup> Die freiwillige Normerhöhung wurde bei der pauschalen Normerhöhung nicht berücksichtigt, was für viele eine Normerhöhung von 20 bis 25 Prozent innerhalb weniger Wochen bedeutete. Herbert Warnke, Mitglied des Kleinen Sekretariats als dem engsten Führungskreis um Walter Ulbricht, berichtete am 8. Juni, alarmiert durch die Berichte des Sektors Information beim FDGB-Bundesvorstand, seinem Generalsekretär zusammenfassend über die wahre Stimmung in der Arbeiterschaft und kritisierte die Nichtberücksichtigung freiwilliger Normerhöhungen bei der allgemeinen Normerhöhung.<sup>15</sup> Das Berichtswesen des FDGB hat insoweit als Frühwarnsystem funktioniert. Die Signale wurden aber von der SED-Führung nicht zur Kenntnis genommen bzw. falsch interpretiert. Ein Aufstand der Arbeiter gegen die SED war außerhalb ihres Verstellungsvermögens.

Die SED gab am 11. Juni den „Neuen Kurs“ bekannt und räumte „Fehler“ ein. Nur gegenüber den Arbeitern sah sie keinen Anlass zur Selbstkritik. Die Normerhöhung blieb in Kraft. Die Reaktion erfolgte am 15. Juni. In der Stalinallee begann der Streik der Bauarbeiter. Der bereits in der Nacht zum 18. Juni verhaftete Vorsitzende der BGL der Baustelle Krankenhaus Friedrichshain, Max Fettling, verfasste zusammen mit einem SED-Funktionär einen Brief an Ministerpräsident Grotewohl, in dem die Bauarbeiter die sofortige Rücknahme der Normen forderten. Eine positive Antwort erwarteten sie zum 16. Juni und kündigten im Fall der

---

12 Vgl. Information vom 15. April 1953 SAPMO-BArch DY 34 22668, danach stand im Bezirk Potsdam einem Soll von 487 Betriebskollektivverträgen ein Ist von 35 gegenüber, im Bezirk Erfurt 556 zu 34, im Bezirk Halle 744 zu 31.

13 Vgl. in den neueren Publikationen z.B. Rolf Steininger, 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003; Ilko-Sascha Kowalczyk, 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR, Bremen 2003; Hubertus Knabe, 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2003.

14 Vgl. den insoweit kritischen Artikel im Neuen Deutschland vom 14.6.1953; abgedruckt bei: Gerhard Beier, Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953. Bauleute gingen voran, Frankfurt/Main 1993, S. 97.

15 SAPMO-BArch DY 34 23646.

Verweigerung ihren Streik an. Wie eine Provokation wirkte in dieser Situation ein Artikel auf der Titelseite der „Tribüne“, der an diesem Tag erschien. Der stellvertretende FDGB-Bundesvorsitzende verteidigte die Normerhöhung. Bei den Bauarbeitern in Friedrichshain erschien statt Grotewohl der Vorsitzende der IG Bau-Holz Franz Jahn und erklärte seinen Mitgliedern, dass die Normen gelten. Die Interessenvertretung durch den FDGB, die noch der ein oder andere Arbeiter erwartete, funktionierte erkennbar nicht. Die Bauarbeiter traten in den Streik und zogen vor das Haus der Ministerien. Erst jetzt hörte die SED-Führung die Signale aus den Betrieben, und das Politbüro nahm die Normerhöhung zurück. Aber der Aufstand der Arbeiter gegen die Partei, der bis zu diesem Zeitpunkt außerhalb des Vorstellungsvermögens der Funktionäre lag, war nicht mehr aufzuhalten.

### **Der FDGB-Bundesvorstand am 17. Juni**

Wie sehr der FDGB in den Tagen des Aufstands mit der SED-Herrschaft identifiziert wurde, zeigen die zahlreichen Erstürmungen auf seine Zentralen und Büros. In Jena, Halle, Leipzig, Dresden und Magdeburg wurden die Bezirksverwaltungen des FDGB erstürmt. Vor dem Gebäude des FDGB in Berlin kam es zu einem Handgemenge. Am 17. Juni um 10.37 Uhr fordert Warnke Volkspolizei an, da ca. 1000 Personen versuchten, in das Gebäude in der Wallstrasse einzudringen.<sup>16</sup> Auch in kleineren Städten wie Quedlinburg und in den Aufstandszentren Bitterfeld und Görlitz wurden FDGB-Häuser demoliert.<sup>17</sup>

Warnke wies die Bezirksvorstände an, die Normensenkung sofort in den Betrieben bekannt zu geben und bat in einem zweiten Rundschreiben, das vermutlich nach Verhängung des Ausnahmezustands durch den Stadtkommandanten Dibrowa in Berlin um 13.00 Uhr formuliert wurde, um stündlichen Bericht an den Bundesvorstand.<sup>18</sup>

Warnke wies die Bezirksvorstände an, dafür zu sorgen, dass in den Betrieben keine Versammlungen durchgeführt würden, sondern „Arbeitsaufnahme“ erfolgte. Diskussionen über die „Hintermänner der großen Provokation“ seien zu organisieren. Gleichzeitig gelte es: „Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Provokateure entlarven“. Organisatorisch forderte er Funktionäre nach Möglichkeit nicht einzeln, sondern in Gruppen in die Betriebe zu schicken. Ermutigend verwies er auf erste Erfolge: „In vielen entscheidenden Großbetrieben wie z.B. Leuna, Farbenfabrik Wolfen, EKB-Bitterfeld wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Provokateure wurden verhaftet“.<sup>19</sup> Die Qualität der Berichte ist unterschiedlich, hat aber eine deutlich erkennbare Struktur. Im Vordergrund steht die Frage der Arbeitsaufnahme, es folgen Ablaufschilderungen von Streiks und Demonstrationen, Forderungen und Losungen, Verhaltensberichte über Funktionäre des FDGB aber auch über Werksleitungen. So heißt es im Bericht über die Baustelle Lauchhammer, der am 18. Juni in Berlin eintraf: „Zur Arbeit der Bauleitung muss gesagt werden, dass sie keinerlei entschiedene Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit durch unsere Kollegen, welche von unserer Seite einzuleiten versucht wurden, unterstützten. Sie versuchten im Gegenteil uns durch ähnliche Diskussionen wie sie sie von den randalierenden Kräften bei unseren Bauarbeitern hervorgerufen wurden, mit uns zu führen, wobei sie insbesondere auf das Wort „Intelligenz“, zu welcher sie

---

16 Lagebericht Nr. 168 Operativstab der PdVP Berlin vom 17.6.1953 ab 06.00 Uhr. Polizeihistorische Sammlung des Polizeipräsidenten in Berlin, PdVP/Stab Operativ/Rapporte, 15.-30.6.1953, Nr. 8012, Bl. 51.

17 Vgl. Information vom 18. und 21.6.1953, SAPMO-BArch DY 34 15/9271305.

18 Vgl. Fernschreiben an alle Bezirksvorsitzenden, SAPMO-BArch DY 34 23646.

19 Vgl. anderes Fernschreiben unter gleichem Datum an alle Bezirksvorsitzenden, SAPMO-BArch DY 34 23646.

ja gehören, pochten und keinerlei Missstände die auf der Baustelle tatsächlich vorhanden sind, anerkannten, sondern alles auf die Regierung schoben“. Die FDGB-Funktionäre unterrichteten sofort den Direktor der Bau-Union. Aber auch das Verhalten der SED-Bezirksleitung wurde festgehalten. Trotz rechtzeitiger Information am 17. erfolgten keine „weiteren Maßnahmen“. <sup>20</sup>

Diese Lageberichte, in denen es selbstverständlich auch um „Rädelsführer“ und „Provokateure“ ging, wurden nach dem 17. Juni zur Grundlage für umfassende Berichte über die Aufstandsursachen, das Verhalten der Funktionäre und die Schwerpunkte des Aufstands. <sup>21</sup> Am 18. Juni wies Warnke die Bezirksvorstände an, nach welchen Kriterien die Suche nach „Provokateuren“ in den Betrieben stattzufinden habe. Sie seien sofort festnehmen zu lassen: „Wer sich nur gegen die Normen-Erhöhung auflehnte, gegen den wird nicht vorgegangen. Provokateure aber, die die Streikleitungen organisierten oder bewusst Tumulte und Zerstörungen hervorriefen oder aber Forderungen auf Sturz der Regierung stellten, werden bestraft“. <sup>22</sup> Diese Sprache entsprach der von Staatssekretär Erich Mielke vom MfS, der am gleichen Tag befahl: „Die besondere Lage erfordert ein energisches Handeln, deshalb Hetzer, Saboteure, Rädelsführer und Provokateure (...) sofort festnehmen“. <sup>23</sup> Im Hinblick auf Streikleitungen forderte Mielke am 19. Juni: „Wo Ausnahmezustand verhängt sind Streikleitungen, die Streiks organisiert haben a) „Nieder mit der Regierung“, „Nieder mit der SED“ ohne vorherige Prüfung ... festzunehmen.“ <sup>24</sup> Die Untersuchungsgefängnisse füllten sich.

Zeitgleich war das SED-Politbüro immer noch damit befasst den „Neuen Kurs“ vor allem im Hinblick auf die Zusammensetzung der künftigen Parteiführung zu diskutieren. Am 2. Juli sprach der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Rudolf Herrnstadt, das Thema FDGB im Politbüro an und forderte als erste Voraussetzung, „um die Kluft zwischen großen Teilen der Werktätigen und der Partei zu schließen“, eine Veränderung des FDGB. Er forderte, „den überhand nehmenden Bürokratismus in der Gewerkschaftsarbeit zu überwinden“. Dieser Bürokratismus beginne an der Spitze, im Bundesvorstand des FDGB. Die Debatte über den Vorschlag einer Auswechslung von Spitzenfunktionären blockierte Ulbricht mit den Worten: „Ich denke nicht daran unter dem Druck des Gegners, der die Gewerkschaften angreift, Änderungen in der Gewerkschaftsleitung vorzunehmen.“ <sup>25</sup> Nach seinem loyalen Verhalten am 17. Juni konnte Herbert Warnke, den Herrnstadt bei seiner Äußerung u. a. im Auge hatte, seine persönliche Stellung gegenüber dem Generalsekretär weiter festigen.

Trotzdem begann in der FDGB-Spitze im Juli eine intensive Debatte über organisatorische Veränderungen im Verhältnis von FDGB zur SED, der Veränderung von Wahlen der betrieblichen Leitungen der Gewerkschaften - Warnke zog sogar in Erwägung, die Bezeichnung „Betriebsrat“ für die BGL wieder einzuführen und die Beziehungen zwischen Industriegewerkschaften und dem Bund zu regeln. <sup>26</sup>

---

20 Vgl. einen Tagebuchauszug vom 17. und 18.6.1953, AdSD (FES) Nachlass Gerhard Beier, Mappennr. 4.

21 Vgl. die Anforderung der ZK Abt. Leitende Organe vom 19.6.1953 an die Sekretariate der SED-Bezirksleitungen, AdSD (FES), Nachlass Gerhard Beier, Mappennr. 18.

22 SAPMO-BArch DY 34 23646.

23 Hubertus Knabe, 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2003, S. 356.

24 Knabe, 17. Juni 1953, S. 356.

25 Rudolf Herrnstadt, Das Herrnsstadt-Dokument, hrsg. von Nadija Stultz-Herrnsstadt, Reinbeck 1990, S. 116.

26 Vgl. Wolfgang Eckelmann/Hans-Hermann Hertle/Rainer Weinert, FDGB intern. Innenansichten einer Massenorganisation der SED, Berlin 1990, S. 30ff.

### Betriebsfunktionäre: Streikführer und Streikbrecher

Der Verlauf der Volkserhebung im Juni hatte dem FDGB-Bundesvorstand vor Augen geführt, dass seine nach Hunderttausenden zählenden Betriebsfunktionäre keineswegs im Geist der Massenorganisation der SED funktioniert hatten.

Das Verhalten der Funktionäre auf den unteren Ebenen war uneinheitlich und reichte von Beteiligung an Streikleitungen und Aufrufen zu Demonstrationen, über Passivität bis zur Mitarbeit in Krisenstäben von SED-Leitungen, KVP und MfS. Im Stahlwerk Gröditz äußerte der 1. Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung Kahlert: „Wir haben keine Regierung mehr, erkennen sie nicht mehr an und vertreten hundertprozentig die Losungen der Stahlwerker.“<sup>27</sup> Der 1. Vorsitzende Betriebsgewerkschaftsleitung Kühnel des VEG Heinersdorf kritisierte die Verhängung des Ausnahmezustands am 17. Juni 13.00 Uhr in Berlin und befürwortete bei Vorgehen gegen Streikende die Ausrufung des Generalstreiks.<sup>28</sup> „In den Hettstedter Feinhütten sind die Gewerkschaftsfunktionäre in ihrer Funktion nicht in Erscheinung getreten. Im Lademannschacht war ein Genosse Steiger BGL-Mitglied der Vorsitzende der Streikleitung.“<sup>29</sup> Diejenigen Mitglieder der Betriebsgewerkschaftsleitungen, die wie im Stahlwerk Henningsdorf mit nur 40 Kollegen im Betrieb blieben, dürfen bei der Gesamtbetrachtung als isoliert gelten.

Solidaritätsbekundungen von Funktionären oberhalb der Kreisebene sind selten. Immerhin äußerte ein Genosse Zibürth vom FDGB-Bezirksvorstand Rostock: „Die Politik der SPD war immer richtig. 1945 hat die KPD die Macht an sich gerissen und hatte kein Programm. Jetzt ist sie mit ihrer Politik zu Ende. Weil sie unfähig ist, soll sie jetzt abtreten. Marx und Engels erkenne ich an, aber nicht Lenin und Stalin.“<sup>30</sup> Das Protokoll der Zentralvorstandssitzung der IG Chemie vom 10./11.9.1953 dokumentiert die Beteiligung von Bezirksfunktionären an Demonstrationen.<sup>31</sup>

Die Auswertungen des Verhaltens von Funktionären der unteren Ebenen ergab aus Sicht der Zentralvorstände der IG Bau-Holz und der IG Metall die oben vorgenommene Grobeinteilung in drei Gruppen mit dem Schwergewicht auf die Gruppe der passiv-abwartenden, einer kleineren Gruppe der aktiv opponierenden und einer kleinen Gruppe überzeugter Stalinisten, die die Belegschaften von Demonstrationen abhalten wollten und selbst in den Betrieben verblieben.<sup>32</sup> Die spätere Feinanalyse ergab, dass jedenfalls in Berlin die „Gruppenfunktionäre“ der Abteilungsgewerkschaften aus Sicht der Führung das unzuverlässigste Element waren.<sup>33</sup> Eine Sichtweise, die die Bezirksleitung der SED in Dresden in ihrer vom ZK angeforderten Analyse für den Bezirk Dresden teilte<sup>34</sup>, und die sich wohl verallgemeinern lässt.

27 Information vom 19.6.1953, SAPMO-BArch DY 34 15/92/1305. Kahlert wurde am 18.6. festgenommen.

28 Vgl. SAPMO-BArch DY 34 15/92/1305.

29 Information vom 23.6.1953, SAPMO-BArch DY 34 22669.

30 Information vom 20.6.1953, SAPMO-BArch DY 15/92/1305.

31 Vgl. SAPMO-BArch DY 38 11.

32 Vgl. die erste Grobanalyse des Zentralvorstands der IG Bau-Holz vom 21.6.1953, AdSD (FES), Nachlass Gerhard Beier, Mappe Nr. 18 und des Bezirksvorstands der IG Metall Groß-Berlin, Ebd.

33 Vgl. Bericht über die Ereignisse vom 17. und 18.6.1953 des FDGB-Bezirksvorstands Groß-Berlin (Abschlussbericht), Ebd.

34 Vgl. Abschlussanalyse der SED Bezirksleitung Dresden vom 16.7.1953, Ebd.

### Der „Qualitätsgewinn“ des FDGB

Die unmittelbare Konsequenz aus dem Juniaufstand war eine Mimikry des FDGB. Mit massiver Selbstkritik vor den Werktätigen wollte man nicht nur den „Neuen Kurs“ propagieren, sondern auch Vertrauen zurückgewinnen. Der Vorsitzende des FDGB legte daher am 24.6.1953 die Linie der in den Betrieben durchzuführenden Versammlungen fest: „Kein Ausweichen vor der Aufklärung über die Hintergründe des 17. und 18.6.1953. Dieses Ausweichen ist zurzeit die Hauptschwäche. Nicht dulden, dass nur organisatorische Fragen behandelt werden, sondern Aufklärung selbstverständlich mit der Behandlung dieser Detailfragen verbinden, d. h. also bessere Vertretung der Interessen der Werktätigen.“<sup>35</sup>

Natürlich bedeutete dies nicht etwa eine Abkehr vom leninistischen Gewerkschaftsprinzip. Die Propagandalüge vom wechselweise „faschistischen Putsch“, „-Putschversuch“, „-Abenteuer“ wurde als Sprachregelung des SED-Politbüros übernommen. Die bessere Vertretung der Interessen der Werktätigen entpuppte sich als nichts anderes als ein systematisches Leugnen der wahren Aufstandsursachen als einem Konglomerat aus materieller Not und politischer Frustration. Der FDGB war, wie auch die SED, bemüht, die materiellen Ursachen des Aufstands zu beheben. Herbert Warnkes Aufnahme in das Politbüro der SED auf der 15. Tagung des ZK<sup>36</sup> war nicht bloß eine Anerkennung für besondere Zuverlässigkeit während des Aufstands, sondern markiert einen Bedeutungsgewinn des FDGB in der DDR. Seine Aufwertung signalisierte, dass die Partei engeren Schulterschluss mit den Gewerkschaften suchte. Die Botschaft lautete vereinfacht so: Die Partei behält ihr Machtmonopol, ist aber zu einer autoritären Sozialpolitik bereit, die die Lebensbedürfnisse der Massen berücksichtigt.<sup>37</sup> Tatsächlich hat die SED es bis zum Ende der DDR nie wieder gewagt, die materiellen Interessen der Werktätigen zu ignorieren. Dem FDGB sollte in den kommenden Jahren ein erweitertes Aufgabenspektrum durch die Übernahme der Sozialversicherung zukommen, wodurch er sein Gewicht im Gefüge der DDR erneut vergrößern konnte.

---

35 Rundschreiben an die Bezirksvorstände vom 24.6.1953, SAPMO-BArch DY 34 23646.

36 Vgl. dazu Heike Amos, *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949-1961*, Münster 2003, 292ff.

37 Andras Hegedüs/Manfred Wilke, *Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“. 17. Juni in der DDR, Ungarische Revolution 1956*, Berlin 2000, S. 101.